69. Jahrgang Nr. 364

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Freitag, 5. August 1921

mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung
und illustriertem Witzblatt ULK

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtags und Montags einmal. Abonnementspreis in Groß-Berlin und vier-an Orten der Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen und Anhalt M. 2.— wöchentlich, M. 8.40 monatlich im voraus zahlbar, bei Postbezug monatlich M. 8.— und vierteljährlich M. 24.— einschließlich Zustellung. Insertionspreis die Zeile M. 8.—, Familien-Anzeigen für Abonnenten M. 1.50 die Zeile, kleine Anzeigen das Wort M. 1.—, Jedes fettgedruckte Wort M. 1.50. Abonnements und Anzeigen nehmen auch die nachstehend aufgeführten Filialen entgegen: Redaktion und Haupt-Expedition SW. Jerusalemer Straße 46—49. Fernsprecher Zentrum Nr. 10131—10144, für den Fernverkehr Nr. 1436.7—14209. Telegramm-Adresse „Vauxel", Berlin. Filialen: Hertzplatz, Köpenicker Str. 67—68, Wiener Straße 1—3, Frankfurter Allee 26, Frankfurter Allee 346, Große Frankfurter Straße 101, Greifswalder Straße 197, Kochhannstraße 8, Schönhauser Allee 144, Schiffbauerdamm 4.
Chefredakteur: Otto Nuschke.

Rheinsberger Str. 79, Fennstr. 1, Müllerstr. 136, Badstr. 41, Königstr. 46-47, Reinickendorfer Straße 45, Rathenower Str. 5, Turmstr. 61, Potsdamer Str. 38, Leipziger Str. 108, Zimmerstr. 50, Blücherstr. 9, Friedrichstr. 9, Charlottenburg: Tauentzienstr. 5, Lietzow 24, Schlüterstr. 28, Wilmersdorf: Nikolsburger Str. 3-4, Kaiserallee 30, Friedenau: Rheinstr. 37, Halensee-Grunewald: Hohenzollernplatz, Lichterfelde: Frankfurter Allee 241, Lichterfelde-West: Carlstr. 1-3, Nowkölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 58-64, Kaiser-Friedrich-Str. 247-48, Pankow: Berliner Str. 1, Schulstr. 39, Schmargendorf: Breite Str. & Schöneberg: Hauptstr. 37-38, Martin-Luther-Str. 6, Steglitz: Albrechtstr. 130, Tegel: Berliner Str. 121, Templhof: Berliner Straße 167, Treptow: Grüllestr. 7, Weißensee: Streustr. 128, Wilmersdorf: Uhlandstr. 38, Kaiserplatz 13, Brandenburg: Hauptstr. 41, Cöpenick: Schlossstr. 1, Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 48, Niederschönewalde: Brückenstr. 22, Potsdam: Brandenburger Straße 22, Spandau: Breite Straße 47, Stettin: Paradeplatz 6.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Interview im Olymp.

Heinrich Heine zur deutschen Politik.

Ein Freund unseres Blattes hat es unternommen, den Dichter des „Wintermärchen" über seine Stellung zu den Problemen zu befragen, die zurzeit bei uns im Vordergrunde des Interesses stehen. Wir geben insbesondere die innerpolitischen Betrachtungen des — wie man sehen wird — unvermindert kampffrohen Dichters wieder.

Die Redaktion.

Einleitend berührte die Unterredung kurz den Fall des

Herrn v. Jagow,

der dem verklärten Dichter Gelegenheit gab, einige kräftige Wörtlein über das alte preußische Junkertum zu sagen. Er schlug mit der geballten Faust auf den Tisch, daß fast der Goldbecher, mit köstlichem Nektar gefüllt, heruntergesprungen wäre und donnerte: „Die alten Drachen müssen verscheucht werden von dem Quell der Macht. Wenn ihr dieses getan habt, seid wachsam, damit sie nicht nächtlicherweise wieder herankriechen und den Quell vergiften. Drängen sie sich dennoch hinzu, mit jener unverschämten Zudringlichkeit, die dem Adel in solchen Fällen eigen ist, so werden sie gestäupt, auf dem Marktplatz, nach den schönsten Rhythmen, und mit rotem Eisen werde ihnen das Metrum aufs Schulterblatt gedruckt."

Die unterirdischen, recht engen Zusammenhänge, die vielfach zwischen

Rechtsradikalen und Kommunisten

bestehen, sind Heine keineswegs entgangen. Er lachte grimmig, als unser Gewährsmann darauf zu sprechen kam und meinte:

„Sie haben beide, der Adel und der Pöbel, den größten Abscheu vor gewerbfleißiger Tätigkeit; sie streben vielmehr nach Eroberung des fremden Eigentums oder nach Geschenken und Trinkgeldern für gelegentliche Lohndienerei; Schuldenmachen ist durchaus nicht unter ihrer Würde; der Bettler und Lord verachten die bürgerliche Ehre; sie haben eine gleiche Unverschämtheit, wenn sie hungrig sind, und sie stimmen ganz überein in ihrem Hasse gegen den wohlhabenden Mittelstand. Die Fabel erzählt: Die obersten Sprossen einer Leiter sprachen einst hochmütig zu den untersten: Glaubt nicht, daß ihr uns gleich seid, ihr steckt unten im Kote, während wir oben frei emporragen, die Hierarchie der Sprossen ist von der Natur eingeführt, sie ist von der Zeit geheiligt, sie ist legitim. Ein Philosoph aber, welcher vorüberging und diese hochadlige Sprache hörte, lächelte und drehte die Leiter herum. Sehr oft geschieht dieses im Leben, und dann zeigt sich, daß die hohen und die niedrigen Sprossen der gesellschaftlichen Leiter in derselben Lage eine gleiche Gesinnung beurkunden. Die vornehmen Emigranten, die im Auslande in Misère gerieten, wurden ganz gemeine Bettler in Gesinnung und Gesinnung, während das korsikanische Lumpengesindel, das ihren Platz in Frankreich einnahm, sich so frech, so hochmütig, so hoffährig spreizte, als wären sie die älteste Noblesse."

„Gewiß", äußerte unser Gewährsmann zustimmend, „und die gleichen Adelskreise, die heute Zeter und Mordio über die

Revolution

schreien, sind es auch, die durch ihre Widerstände gegen die preußische Wahlreform und gegen jeden Fortschritt in der inneren Politik, bis es zu spät war, die Katastrophe recht eigentlich verschuldet haben!"

„Daran habe ich nach meiner Kenntnis des preußischen Junkertums nie gezweifelt," sagte Heine nachdenklich. „Ja, ja, die Geistlichkeit, die geistig zurückgeblieben war seit Erfindung der Buchdruckerei, und der Adel, der durch die Erfindung des Pulvers zugrunde gerichtet worden, hätten 1914 einsehen müssen, daß die Macht, die sie seit Jahrhunderten ausgeübt, ihren stolzen, aber schwachen Händen entschwinde und in die verachteten, aber starken Hände der Gelehrten und Gewerbefleißigen übergehe; sie hätten einsehen müssen, daß sie die verlorene Macht nur in Gemeinschaft mit eben jenen Gelehrten und Gewerbefleißigen wiedergewinnen könnten; sie hatten aber nicht diese Einsicht, sie wehrten sich töricht gegen das Unvermeidliche; ein schmerzlicher, widersinniger Kampf begann, die schleichende, windige Lüge und der morsche, kranke Stolz fochten gegen die eiserne Notwendigkeit, gegen Faustrecht und Wahrheit, gegen Leben und Begeisterung, und die Deutschen stehen jetzt noch auf der Wahlstätte." Und abermals mit der Faust auf den Tisch schlagend, fuhr er fort: „Alle geschriebenen Konstitutionen können euch nichts helfen, solange ihr das Adeltum nicht von Grund aus vernichtet. Es ist nicht damit abgetan, daß man durch diskutierte, votierte und sanktionierte und promulgierte Gesetze die

Privilegien des Adels

annulliert. Dieses ist ja bei euch geschehen, und dennoch herrschen dort noch immer die Adelsinteressen!"

„Aber, verehrter Herr Doktor", warf unser Gewährsmann ein, „wir haben doch nunmehr eine leibhaftige deutsche Republik, wenn auch boshafte Leute behaupten, daß es vorderhand noch eine Republik ohne Republikaner sei!"

„Ach, zum Kuckuck, Eure Republik," unterbrach ihn Heine wütend. „Wissen Sie, mein lieber und verehrter Kollega: Noch immer, wenn ich meine deutschen Republikaner von hier oben betrachte, reibe ich mir die Augen und sage zu mir selber: Träumst du etwa? Wer ist denn der große Dichter, der dies alles erfindet? Existiert der Doktor Wirth mit seinem blanken Ehrenschwert? Oder ist er nur ein Phantasiegebilde à la Tieck und Immermann? Dann fühle ich wohl, daß der Doktor Wirth wirklich leibt und lebt, ein tapferer Ritter der Freiheit, wie Deutschland deren wenige gesehen, seit den Tagen Ulrichs von Hutten. Aber, aber, was hilft euch der eine Wirth und seine wenigen Mitstreiter, wenn die anderen alle keine waschechten Republikaner sind! Deutschland kann noch keine Republik sein, weil es

seinem Wesen nach royalistisch

ist. Frankreich ist im Gegenteil seinem Wesen nach republikanisch. Ich sage hiermit nicht, daß die Franzosen mehr republikanische Tugenden hätten als wir; nein, diese sind auch bei den Franzosen nicht im Ueberfluß vorhanden. Ich spreche nur von dem Wesen, von dem Charakter, wodurch der Republikanismus und der Royalismus sich nicht bloß von einander unterscheiden, sondern sich auch als grundverschiedene Erscheinungen kundgeben und geltend machen.

Der Royalismus eines Volkes besteht dem Wesen nach darin, daß es Autoritäten achtet, daß es an die Personen glaubt, die jene Autoritäten repräsentieren, daß es in dieser Zuversicht auch der Person selbst anhängt. Der Republikanismus eines Volkes besteht dem Wesen nach darin, daß der Republikaner an keine Autorität glaubt, daß er nur die Gesetze hochachtet, daß er von den Vertretern derselben beständig Rechenschaft verlangt, sie mit Mißtrauen beobachtet, sie kontrolliert, daß er also nie den Personen anhängt, und diese vielmehr, je höher sie aus dem Volke hervorragen, desto emsiger mit Widerspruch, Argwohn, Spott und Verfolgung niederzuhalten sucht."

„Und soweit sind wir, Herr Doktor, nach Ihrer Ansicht unten in Deutschland noch nicht?"

„Keine Spur! Die Deutschen sind noch nicht in diesem Falle, der Glaube an Autoritäten ist noch nicht bei ihnen erloschen, und nichts Wesentliches drängt sie zur republikanischen Regierungsform. Sie sind dem Royalismus nicht entwachsen, die Ehrfurcht vor den Fürsten ist bei ihnen nicht gewaltsam gestört, sie haben nicht das Unglück eines 21. Januarii erlebt, sie glauben noch an Personen, sie glauben an Autoritäten, an eine hohe Obrigkeit, an die Polizei, an die heilige Dreifaltigkeit, an den „Miesbacher Anzeiger", an Löschpapier und Packpapier, am meisten aber an Pergament. Armer Wirth! Du hast die Rechnung ohne die Gäste gemacht!"

Der Pressefeldzug der Rechtsradikalen.

„Und wie infam", fuhr der Dichter fort, „wird unten bei euch eine ehrlich republikanische Regierung bekämpft! Ich bin doch, weiß der Himmel, auch als ich noch auf der Erde lebte, Tintenkampagnen gewohnt gewesen, aber doch kann sich ein honetter Literat schwerlich einen Begriff davon machen, mit welcher perfiden Konsequenz die Regierung der jetzigen Gewalthaber von den Rechtsradikalen, den Monarchisten, untergraben wird. Ob mit Erfolg, muß die Zeit lehren. Wie ihnen kein Mensch zu schlecht, wenn sie ihn zu ihren Zwecken gebrauchen können, so ist ihnen auch kein Mittel zu schlecht. Neben ihren Zeitungen wirken die Rechtsradikalen auch durch die mündliche Ueberlieferung aller möglichen Verleumdung, durch die Tradition. Diese Propaganda sucht den guten Leumund der jetzigen Gewalthaber aufs gründlichste zu verderben. Die Lügen, die in dieser Absicht geschmiedet werden, sind zuweilen ebenso abscheulich wie absurd. „Immer verleumden, immer verleumden, es bleibt was kleben!" war schon der Wahlspruch der saubern Lehrer."

„Glauben Sie, Herr Doktor", war die letzte Frage unseres Gewährsmannes, „daß trotz alledem der

republikanische Gedanke in Deutschland

eine Zukunft hat?" Da schoß ein Leuchten in die Augen des Dichters und er rief, vom Stuhle aufspringend und unserem Gewährsmann, gleichsam zur Bekräftigung seiner Worte, beide Hände auf die Schulter legend:

„Es ist leicht vorauszusehen, daß die Idee einer Republik, wie sie jetzt immerhin doch schon viele deutsche Geister erfaßt, keineswegs eine vorübergehende Grille ist. Den Doktor Wirth seine Leute, die Sozialisten und die wirklichen Demokraten, man kann sie vielleicht festsetzen, und man wird sie bei einem neuen Rechtsputsch festsetzen; aber ihre Gedanken bleiben frei und schweben frei, wie Vögel in den Lüften. Wie Vögel nisten sie in den Wipfeln deutscher Eichen, und vielleicht einhalb Jahrhundert lang sieht man und hört man nichts von ihnen, bis sie eines schönen Sommermorgens auf dem öffentlichen Markte zum Vorschein kommen, großgewachsen gleich dem Adler des obersten Gottes, und mit Blitzen in den Krallen. Was ist denn ein halb oder ein ganzes Jahrhundert? Die Völker haben Zeit genug, sie sind ewig; nur die Könige sind sterblich. Und das zum Schluß:

Die Republik ist eine Idee, und noch nie haben die Deutschen eine Idee aufgegeben, ohne sie bis in alle ihre Konsequenzen durchgefochten zu haben."

H. O.

Die Gesinnungsmixer. Gelegentlich eines Streites mit dem volksparteilichen Blatt Halles hat die deutschnationale „Hallesche Zeitung" der Oeffentlichkeit ein interessantes Geheimnis verraten. Die volksparteiliche „Allgemeine Zeitung" (und wahrscheinlich ist es bei anderen von der „parteipolitisch neutralen" Schwerindustrie finanzierten Blättern ähnlich) wird von einem paritätisch aus Deutschnationalen und Volksparteilern zusammengesetzten Redaktionskomitee geleitet, das dafür garantieren soll, daß die Zeitung gleichmäßig den Interessen beider Parteien dient. Ohne auszumalen, wie heiter es sein muß, wenn täglich die Gesinnung vielleicht mit

Bereits definitive Beschlüsse über O.-S.?

Angeblich ist nur noch das Schicksal der „zentralen Zone" zu regeln ...

London, 4. August.

Foreign Office veröffentlicht heute eine Note, die erklärt, daß für den größten Teil von Oberschlesien bereits definitive Beschlüsse vorliegen und daß nur noch das Schicksal der zentralen Zone zu regeln bleibe, in der die Abstimmung ergeben hat, daß die Bevölkerung zur Hälfte deutsch und zur Hälfte polnisch ist.

Paris, 4. August.

Die Havas-Agentur teilt mit, daß das Programm der bevorstehenden Besprechungen des Obersten Rates von Briand und dem englischen Botschafter Lord Hardinge am vergangenen Freitag geprüft worden sei. Die Kanzleien von London und Paris hätten Mitteilungen in der Angelegenheit ausgetauscht, es sei jedoch noch nichts endgültig bestimmt worden. Lord Hardinge sei noch einmal nach England gereist. Belgien werde für den Fall eingeladen, daß die Frage der Kriegsbeschuldigten und der Sanktionen vom Obersten Rat besprochen würde. Japan werde durch seinen Botschafter in Paris bei der Tagung vertreten sein.

Die Opposition.

Paris, 4. August.

Paul Louis schreibt in der „Humanité" zur Tagung des Obersten Rates, es werde eine Vordebatte über die Absendung der Verstärkungen stattfinden. Anscheinend werde Briand verlangen, daß die französische Division, deren Transport nach Oberschlesien Marschall Foch und der nationale Block verlangen, sofort abbefördert werde. **England aber scheine immer weniger geneigt zu sein, zu den Forderungen des französischen Militarismus Ja und Amen zu sagen, dessen Haltung ihm unerträglich sei, und Italien gebe einen noch ausgesprocheneren Widerstand zu erkennen.** So werde von Anfang an eine deutliche Spannung entstehen, die nicht überraschen könne.

Belgien soll nicht teilnehmen.

London, 4. August. (E. E.)

Die englische Regierung erklärt in einer offiziellen Note, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages eine Teilnahme Belgiens an den Erörterungen des Obersten Rates über Oberschlesien nicht gestatten. Die Frage, ob die belgische Regierung zu anderen Beratungen eingeladen werden soll oder nicht, hänge von den Gegenständen ab, die auf der nächsten Session des Obersten Rates erörtert werden sollen.

Endgültige Lösung!

Das oberschlesische Problem.

Die „Germania" berichtet über die verschiedenen Vorschläge zur Lösung der oberschlesischen Frage, die der interalliierten Konferenz vermutlich vorliegen werden, und weist ganz besonders auf die englischen Kompromißgedanken hin, die eine sofortige Abtretung von Pleß und Rybnik an Polen, die Rückgabe der nördlichen und westlichen Kreise an Deutschland befürworten, aber für das Industriegebiet eine Verwaltung durch die Alliierten von unbestimmter Zeitdauer vorsehen. Die „Germania" lehnt dieses Projekt ebenso ab wie den vom „Manchester Guardian" mitgeteilten französischen Wunsch eines Provisoriums für das ganze Abstimmungsgebiet nach Art des Saarreviers. Die „Germania" drückt durchaus unsere eigene Meinung aus, wenn sie ein Provisorium irgendwelcher Art mit der folgenden Argumentation bekämpft: „... es muß sowohl zu dem englischen wie zu dem französischen Vorschlag mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß der Friedensvertrag solche Kompromisse nicht zuläßt. Er kennt kein Provisorium, sondern nur eine definitive Lösung, er kennt auch keine Neutralisierung Oberschlesiens, weder für einen Teil noch für das ganze Abstimmungsgebiet. Er kennt in dem in Betracht kommenden Paragraphen 6 des Anhangs zum Artikel 88 nur die Festsetzung der Grenzlinien durch die alliierten und assoziierten Hauptmächte, die danach erfolgende Inbesitznahme des Gebiets durch die deutsche oder polnische Regierung und dann das Ende der Machtbefugnisse der interalliierten Kommission. Nur was im Friedensvertrag bestimmt ist, kann für die Entscheidung maßgebend sein, alles andere wäre Rechtsbruch. Wollen es die Alliierten darauf ankommen lassen?" Eine Frage, die am Montag hoffentlich so beantwortet wird, wie das Interesse Europas es erheischt!

Italienische Verstärkung für Oberschlesien.

Oppeln, 4. August. (Da.)

Wie der Berichterstatter der Dena erfährt, sind auf Ersuchen des italienischen Vertreters der interalliierten Kommission, Generals de Marini, der zurzeit in Rom weilt, zwei weitere Bataillone italienischer Truppen zu Verstärkungen nach Oberschlesien vorgesehen. Sie werden in nächster Woche nach Oberschlesien in Marsch gesetzt werden.